

Von Spekulanten und der Nichteinmischung

„Und die einen sind im dunkeln . . .“

Zweimal berichteten wir bereits über die Vorgänge beim hiesigen „Nürnberger Bund“.

Darüber hinaus brachten wir einen Eilantrag in die Stadtverordnetenversammlung ein, in dem es u.a. heißt:

1. Den von der Entlassung bedrohten Beschäftigten der Firma Nürnberger Bund sprechen wir unsere volle Solidarität aus.
2. Der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf führt schnellstmöglich ein Gespräch mit der Geschäftsleitung der Firma Nürnberger Bund, um die geplante Schließung des Verkaufsbüros der hiesigen Niederlassung zu verhindern.
3. Sollte die Firma Nürnberger Bund auf eine Totalschließung der Mörfelder Niederlassung bestehen, dann ist auf einen Sozialplan zu drängen, der von den Beschäftigten voll akzeptiert wird.
4. Zu dem Gespräch werden Vertreter der Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft und des DGB-Ortskartells eingeladen.

Die CDU verhinderte eine sofortige Behandlung dieser Initiative. Haselbach: „Das ist nicht dringlich“, Jung: „Wir haben uns da nicht einzumischen, dafür sind wir nicht gewählt“.

Die DKP ist anderer Meinung. Das Thema „Nürnberger Bund“ zeigt einmal mehr: Erst kommt der Profit, dann die Menschen.

Vor 25 Jahren hatte diese Firma in Mörfelden 21.000 Quadratmeter Land gekauft. Damals für ca. 5,- DM pro qm. Nach unseren Recherchen soll der Nürnberger Bund heute 40 bis 47 Millionen DM für dieses Gelände verlangen.

Wenn es aber um eine Absicherung der „Freigestellten“ geht, dann sind die Herrschaften knauserig. Für den NB-Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Fritz Gerstung ist jedenfalls alles in Ordnung. Außerdem: „es gäbe einen materiell sehr gut ausgestatteten Sozialplan“. Der Sozialplan verschafft aber den 50jährigen noch keinen Arbeitsplatz.

Wie auch immer, die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in der Mörfelder Niederlassung „das Licht ausmachen sollen“, fühlen sich hinters Licht geführt. Ohne Anhörung des Aufsichtsrates, ohne vorherige Information des Betriebsrates wurde „oben“ das „aus“ beschlossen. Manchesterkapitalismus. Wie sagt doch da CDU-Jung: „Wir haben uns da nicht einzumischen!“

In Bonn hat man erneut Maßnahmen beschlossen, die die Ärmsten treffen. Während in der Öffentlichkeit um die Sozialhilfe gestritten wird, blüht der wahre soziale Mißbrauch im Verborgenen.

Niemand diskutiert zum Beispiel darüber, daß etwa drei Millionen Menschen regelmäßig ihre Mahlzeiten als Geschäftsausgaben von der Steuer absetzen.

Niemand prangert an, daß der Mißbrauch von Geschäftswagen als Privatautos fast den Jahresetat für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb der Sozialhilfe aufwiegt.

Niemand nennt es Mißbrauch des Sozialstaates, wenn die Verlustabschreibungen von Immobilienspekulanten das übersteigen, was der Staat für Arme und Obdachlose aufbringt.

Wir haben ein Zwei-Klassen-Steuerrecht. Jeder weiß, wie die „Kleinen“ geschröpft werden. Die „Großen“ haben Sonderrechte. Der „Tenniskonkern Graf“, der bayrische Bäderunternehmer Zwick stehen für viele. Das meiste kommt nie an die Öffentlichkeit. Und selten wird darüber geredet, daß hunderte Milliarden DM aus dem Land „geflüchtet“ sind.

Aber dann heißt es auch bei uns, „die Stadt hat kein Geld“. In unserer Kommune ist jetzt ein Finanzloch von 600.000 DM entstanden, es gibt einen Rückgang von ca. 3,2 Millionen DM bei der Einkommenssteuer. Bald heißt es dann wieder: die Gebühren werden erhöht. Wie lange werden sich die Bürgerinnen und Bürger das alles noch gefallen lassen?

„Einen krisenfesten Arbeitsplatz“

Nürnberger
Bund-Versprechungen
von 1971

Wenn Sie also einen **krisenfesten Arbeitsplatz** suchen, dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Wir
stellen
ein:

KONTORISTINNEN
STENOTYPISTINNEN
PHONOTYPISTINNEN
LAGERISTEN

KRAFTFAHRER KLASSE II
LAGERARBEITER
LAGERARBEITERINNEN
GABELSTAPELFAHRER

Für sofort oder später

Bitte schreiben Sie uns oder stellen Sie sich persönlich bei uns vor

am Samstag, dem 11. Dezember 1971

Dafür gibt's dann wieder Gebührenerhöhungen

Gewichtige Investitionen der Stadt stehen an. Das Parlament beriet und beschloß die Fortsetzung der Abwasserbeseitigung. Nach Kanalverbund und Aus- bzw. Neubau des Klärwerkes in Mörfelden ist das alte Klärwerk Walldorf zu sanieren. Für die Regenrückhaltung, Sandfang und Abriß der alten Anlage sind über 17 Mill. Mark geschätzt. Haben sich Stadtverordnete und Bürgermeister auch darum gestritten um die Schätzung, ob es nicht am Ende doch 20 Mill. DM kosten würde, so wurde doch auch über die hohen Reinigungsstandards gesprochen, die gewaltige Investitionen erforderten. Die DKP/OL-Fraktion stellte Fragen nach der Größe der Anlage. Was ist notwendig, was ist wünschenswert? Verlassen müssen sich die Stadtverordneten auf Ingenieurbüros, die wortreich darlegen, welche Anlagen und in welcher Größe zu bauen sind. Im Klartext: Je größer, je teurer, desto höher das Honorar! Beispiele aus den neuen Bundesländern geben zu denken. Sicher prüfen die Behörden beim Kreis, Land, Regierungspräsidium die Baupläne, doch suchen sie auch nach Alternativen, die evtl. finanziell günstiger wären?

Es wäre sicher kein Streitpunkt gewesen, wenn das nötige Geld zur Verfügung stünde. Die Frage für die Zukunft ist, kann man sich derartige - wenn auch notwendige - Investitionen leisten? Da beschlossen wurde, die Kosten über Gebühren zu finanzieren, stehen neue Gebührenerhöhungen ins Haus.

R.D.

Gefährlich

Im Juli-,„blickpunkt“ brachten wir sensationelle Aufnahmen von den großen US-Bunkeranlagen im Oberwald. Wir forderten im Stadtparlament, daß die Bunker beseitigt werden und das 103-ha-Areal der Bevölkerung als Erholungswald zur Verfügung gestellt wird. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Passiert ist bisher nichts. Nur eine Warnung des Bundesvermögensamtes kam an:

„Vor Erteilung einer Genehmigung zum Betreten des Geländes weise ich auf die Möglichkeit hin, daß sich Munitionsreste (Minen, Granaten) unbemerkt im Boden befinden und bei Berührung explodieren könnten.“

Wieder einmal bestätigte sich: wo auch immer sich das Militär zurückzieht, ob in Thüringen oder in Hessen, liegen die Hinterlassenschaften in der Gegend herum.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf sollte an der Sache dranbleiben. Auch hier gilt ja wohl das Verursacherprinzip - oder?

Erlebnislandschaft Gärtnerweg

Im Stadtparlament gab es einen gemeinsamen Antrag von den Grünen und der SPD-Fraktion. Inhalt: Der Gärtnerweg soll eine modellhaft verkehrsberuhigte Straße werden.

Wer kann etwas gegen Verkehrsberuhigung haben? Sicher niemand. Daß man sich allerdings eine Straße wie den Gärtnerweg aussucht, der als Verbindung zwischen zwei Bundesstraßen überaus stark belastet ist, und dann für den zu 'vergrämenden' Verkehr keine Alternative aufzeigt, muß sich den Vorwurf des Dilettantismus gefallen lassen.

Die Koalitionspartner - SPD/Grüne - wollen per Antrag ein Verkehrsplanungsbüro beauftragen diese vielbefahrene Straße zu beruhigen. Eine Ampelregelung bei der Einmündung in die Westendstraße soll den Verkehrsfluß regeln und sicherer machen. Ebenso sollen Überquerungshilfen etwa in Höhe des Bauhofes die Passanten sicherer zum Friedhof führen. Radfahrer sollen evtl. eine extra Fahrspur erhalten. Doch wo fängt der Radweg an, wo endet er? Bringt eine Ampelregelung nicht mehr Abgase und Geräusche als Verkehrsberuhigungseffekte? Und wie lenkt man den Verkehr, der dann we-

gen der Hindernisse nur noch sehr schwer diese Straße befahren kann? Stellt man schon in Rüsselsheim, Groß-Gerau und Langen Schilder auf mit dem Hinweis, daß die Ortsdurchfahrt in Mörfelden beeinträchtigt ist? Fragen über Fragen. Der Antrag hat aber noch einen kuriosen Teil. Hier heißt es: „Es ist zu prüfen, ob an einer geeigneten Stelle neben der Straße eine Erlebnislandschaft „Straße vorgestern, gestern und heute“ geschaffen werden kann, in dem das gegenwärtige Straßenprofil sichtbar wird, und an der gegenüberliegenden Seite Straßenprofile aus früheren Epochen dargestellt werden. Entsprechende Kosten sind darzustellen.“ So eine Art Freiluftmuseum im Gärtnerweg? Man könnte grinsen, wenn da nicht der Satz wäre: Entsprechende Kosten werden dargestellt.

Geheim?

Im September gab es mal wieder eine KKW-Katastrophenschutz-Übung. Bis in die Nähe unserer Gemarkung waren Sicherheitskräfte im Einsatz. Grund für uns zu fragen, ob denn die Evakuierungspläne Biblis mittlerweile öffentlich seien. Wir erhielten Antwort:

„Evakuierungspläne Biblis Herr Grein (Abt. Zivil- und Katastrophenschutz) teilte auf Befragen mit, daß die vorliegenden Evakuierungspläne der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

Festgeschrieben sind z.B. bei einem Biblisunfall die Evakuierung der Gernsheimer Bewohner nach Mörfelden-Walldorf.

Bei den vorliegenden Evakuierungsplänen handelt es sich um ein Rahmenkonzept, das als Arbeitsgrundlage individuell einsetzbar ist.“

Also: alle Gernsheimer nach Mörfelden-Walldorf. Wie lange, konnte man nicht erfahren. Nach der Halbwertszeit der üblichen Radioaktivität vielleicht 5000 Jahre?

Spätestens nach Tschernobyl weiß man, im dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet gäbe es kaum ein Entrinnen.

Man sollte es auch amtlicherseits zugeben und die Geheimniskrämerei lassen.

rh

Nachtragshaushalt oder Offenbarungseid?

Die letzte Stadtverordnetensitzung macht es wieder einmal deutlich, die Finanzen der Stadt sind wie eine zu kurz geratene Decke.

Man kann sich strecken und wenden, sie reicht nicht. Der Kämmerer sang dennoch nicht das hohe Lied des Sparens, denn diese Karte ist bereits ausgereizt. Vorndran sprach von dem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Selbstbestimmung der Kommunen, das durch die Bundespolitik ausgehöhlt und zur Farce wird, weil die nötigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stünden.

Die Einkommensteuer sei drastisch gesunken und verursachten bis zum Jahresende ein Finanzloch von ca. 600.000 Mark. Wie das zu stopfen sei, blieb auch dem Finanzchef ein Rätsel. Dabei ist zu bemerken, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Steuern pünktlich zahlen.

Den 'Gestaltungsspielraum' (das ist ein Ausdruck für das Manipulieren der Steuerschuld) haben nur Großverdiener und Selbständige. Sie werden eben auch vom Fiskus besonders behandelt; der Fall Steffi und Vater Graf ist dabei nur ein winziges, aber bekanntgewordenes Beispiel.

Die Gewerbesteuer, betonte der Kämmerer, wird in vorgesehener Höhe fließen. Daraus folgerte er, daß es ein Segen ist, daß immer mehr Gewerbe angesiedelt wurde und wird. Die Rechnung, was uns die Industrieansiedlung kostet, machte er nicht.

Und die Einnahmen konnten nur bei ständig steigender Neuansiedlung 'gehalten' werden. Man darf sich gar nicht ausmalen, wenn die Ausweitung der Gewerbegebiete endet oder die Gewerbesteuer entfällt . . .

Ganz klar, daß bei derartiger Finanzlage auch nach Geldquellen geforscht wird. Die Gebühren - so Vorndran - weisen im Abwasserbereich eine 'Unterdeckung' auf. Damit ist signalisiert, daß diese im nächsten Jahr steigen werden.

R.D.

Im Dezember erscheint der 300. „blickpunkt“. Dieses „Blättsche“ lesen viele ganz ausführlich. Nicht, daß sie uns alle lieben würden (das wäre schlimm), aber selbst kommunalpolitische Konkurrenten lesen den „blickpunkt“ mit großem Interesse. Und viele der anderen „Parlamentsparteien“ versichern uns von Fall zu Fall auch ihre Hochachtung: „des schaffe mer halt net.“

Wie auch immer, der „blickpunkt“ ist eine Institution geworden, wie der Bürgermeister schon mal zu sagen pflegt.

Für uns ist aber das Wichtigste die Anerkennung vieler Mörfelder und Walldorfer. Viele wissen, nicht erst seit den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West, der „blickpunkt“ steht immer auf der Seite der „kleinen Leute“, auf der Seite derer, die sich dafür einsetzen, daß man morgen in unserer Stadt noch vernünftig leben kann.

Wir bleiben engagiert gegen Faschismus und Krieg, gegen Umweltzerstörung und Sozialabbau.

Wir freuen uns, wenn wir Spenden für die Herstellung der Zeitung bekommen; wir freuen uns wenn wir hören: Gut, daß es den „blickpunkt“ gibt.

Ganz besonders würden wir uns aber freuen, wenn viele Leserinnen und Leser am 15. Dezember zu unserem „blickpunkt“-Jubiläums-Fest kommen würden.

Herzliche Einladung

Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind herzlich eingeladen, gemeinsam mit uns zu feiern!

Das „blickpunkt“-Fest beginnt am 15. Dez. 1995, ab 20 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden.

Mitwirkende:

Gießener Songgruppe, Erich Schaffner

Geheimtip für Insider:

Später dann eine Super-Session mit der Bricklayer-Skiffle-Revival.

Außerdem natürlich:

Stände, Essen, Trinken und viel Spaß.

Gegen das Vergessen

TEIL 12



In der über ein Jahr laufenden Serie „Gegen das Vergessen“ wurde an die Zeit vor 50 Jahren erinnert, in der die Menschen das Ende des Krieges und die Befreiung vom Faschismus erlebten, der ihnen soviel Leid und Entbehrung gebracht hat. Einzelschicksale aus unserer Stadt, wie das „kurze Leben des jüdischen Mädchens Ilse Mainzer“ und der frühe Tod des 15jährigen Volkssturmmannes Walter Schaffner, wurden beschrieben. Über den Einmarsch der amerikanischen Truppen wurde ebenso berichtet, wie über den Wiederanfang demokratischer, antifaschistischer Verwaltung in der Gemeinde und über den Neuanfang im Sport.

Es wurde aber auch auf die Gefahr hingewiesen, Deutschland und die Deutschen nicht als Verursacher, sondern als Opfer des Krieges darzustellen. Wer sich auf die lokale Ebene begibt, könnte leicht politische Zusammenhänge außer Acht lassen. Der deutsche Überfall auf die Länder Europas war von Beginn an ein zu verurteilender Akt der Aggression, für den es keine, wie auch immer geartete, Rechtfertigung gibt.

Heute sollen noch zwei wichtige Ereignisse des Jahres 1945 beschrieben werden. Es war der starke Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen und der Beginn des Nürnberger Prozesses, sowie die Entnazifizierung.

Flucht und Vertreibung

Der von Hitler und dem hinter ihm stehenden Großkapital inszenierte zweite Weltkrieg hinterließ über 50 Millionen Tote und 35 Millionen kamen verkrüppelt aus den Schlachten. Ohne die Nationen der vielen Opfer alle aufzuzählen, seien stellvertretend nur drei Länder genannt, die in diesem verbrecherischen Kriege die meisten Tote zu beklagen hatten. Es waren die Sowjetunion mit 20 Millionen, Polen mit 6 Millionen und Deutschland mit ebenfalls 6 Millionen Menschen.

Als Folge des Krieges trifft viele Deutsche das Schicksal von Flucht und Vertreibung. Schon 1944 zog ein großer Flüchtlingstreck aus Angst vor der näher rückenden Front westwärts. Nach Kriegsende wurden die meisten der gut 19 Millionen in ostdeutschen und osteuropäischen Gebieten lebenden Deutschen, auf Beschluß der Alliierten, nach Westdeutschland vertrieben. Aus den ehemaligen Ostgebieten Polen, der UdSSR, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, kamen bis 1950 etwa 12 Millionen Deutsche. Auf der Flucht verloren 2 Millionen Menschen ihr Leben.

Nur das nötigste mit sich führend, kamen im Herbst 1945 die ersten Flüchtlinge, Heimatvertriebene, oder Neubürger, wie man sie später nannte, auch in den beiden Gemeinden Walldorf und Mörfelden an. Nach der Zuweisung in Notunterkünfte, folgte die Verteilung auf Wohnungen. Freien Wohnraum gab es schon lange nicht mehr, sodaß Zwangseinweisungen kaum zu umgehen waren. In beiden Orten waren es unter anderem Kommunisten, die die unangenehme Aufgabe als Quartiermacher übernahmen. In Walldorf war es die heute 96jährige, in Erbach lebende, Walldorferin Else Henk und in Mörfelden, der für Wohnungsfragen zuständige August Schulmeyer („Belser-August“).

1961 waren in Walldorf 2118 Heimatvertriebene registriert, bei einer Gesamtbevölkerung von 9731, also 21,8%. 1956 hatte Mörfelden 8731 Einwohner, wovon mehr als ein viertel ihrem Ursprung nach zu dem neuen, aus Umsiedlung und Evakuierung hervorgegangenen Bevölkerungsteil gehörte. Hinter diesen Zahlen steht großes Leid und Trauer über die verlorene Heimat und das zurückgelassene Hab und Gut.

Der Nürnberger Prozeß

Am 18. Oktober 1945 erhob in Berlin der Internationale Militärgerichtshof der vier Siegermächte (USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich) Anklage gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher. Am 20. November wurde das Verfahren in Nürnberg eröffnet. Fast ein Jahr später endete der Prozeß mit 12 Todesurteilen, 7 langjährigen Haftstrafen und 3 Freisprüchen. Die Bevölkerung verfolgte aufmerksam die Verhandlung im Rundfunk und in der Presse. Bis zuletzt versuchten sich die meisten Angeklagten damit herauszureden, daß sie von den Greuelthaten nichts gewußt hätten.

Die Entnazifizierung

Gemäß Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, mußten alle Personen ab 18 Jahre durch Spruchkammern überprüft werden. Die Betroffenen sollten in fünf formale Kategorien eingeteilt werden, nämlich 1. Hauptschuldige, 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen Nutznießer), 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe) 4. Mitläufer, 5. Entlastete. Jedoch schon bald wurde der nicht unbegründete Ausspruch populär „die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“. Die Kommunisten in den

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

**Unser Konto:
Kreissparkasse
Groß-Gerau**

**Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

drei westlichen Besatzungszonen geben 1948 ihre Mitarbeit in den Spruchkammern auf. In einer Pressemitteilung vom 5. März 1948 erklärt die KPD Württemberg-Baden damals, „92% der betroffenen Personen aus den einfachen Volkskreisen mußten die ganze Härte des Gesetzes über sich ergehen lassen. Die Wirtschaftsführer der Nazi-Kriegswirtschaft blieben jedoch vollkommen unangetastet. Eine große Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten sitzen heute erneut in hohen und höchsten Stellungen.“ Die Mitglieder der KPD lehnten mit ihrem Austritt aus den Spruchkammern die Mitverantwortung für diese Praxis ab.

Heinz Hechler

20. November 1945:

Beginn des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher.

14. Dezember 1945:

Reichstagung der CDU in Godesberg. Man forderte die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum; wollte „Sozialismus in christlicher Verantwortung“.

**50 Jahre
danach**

**Eine Broschüre
zum 50. Jahrestag
der Befreiung von
Faschismus und Krieg**

DM 5,-

**Erhältlich in Buchläden
und bei Mitgliedern
der DKP in Mörfelden und
Walldorf**

Die SKV wird 50

Bereits wenige Wochen nach Ende des Krieges trafen sich in Mörfelden Vertreter der 12 Jahre von den Nazis verbotenen Vereine, Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose, um über den Wiederaufbau des Vereinslebens nachzudenken. Sie setzten sich richtungsweisend für die Einheit im Sport- und Kulturbetrieb ein. Am 16. November 1945 fand in der Gaststätte „Ludwigshalle“ (Sattler) die Gründungsversammlung statt.

Im gleichen Haus, heute Vereinsheim „Wirtshaus zum Sattler“, findet vom 16. 11. bis 26. 11. 1995 eine Jubiläumsveranstaltung statt.

Gleichzeitig wird ab Donnerstag im Saal des Untergeschosses eine Ausstellung über die Geschichte der SKV und ihre Vorgängervereine gezeigt.

Die DKP beglückwünscht die SKV und ihre sämtlichen Abteilungen zu diesen Veranstaltungen.

„Bedde-Lui“

Ludwig Schulmeyer, „Bedde-Lui“, einer der SKV-Gründer, war Kommunist und kam wegen seiner Gesinnung und wegen seines Widerstandes gegen die Hitlerpartei 6 Jahre ins Zuchthaus. Außerdem erhielt er 10 Jahre „Ehrverlust“.

Nach dem Kriege war er einer der ersten die im Rathaus mithalfen die demokratische Verwaltung aufzubauen. Auch als Kandidat auf der Liste der KPD für die Kreistagswahl am 28. April 1946 ist sein Name zu finden.

Er war einer der Männer der ersten Stunde, die sich schon im Mai 1945 mit Sportfreunden und Genossen zusammensetzten und sich über den Wiederaufbau im Sport und Kulturbetrieb Gedanken machten. Ihm und seinen Mitstreitern war die Einheit im Sport oberstes Gebot. HH

Wenn mich meine Feinde loben . . .

Die IG Metall gibt neuerdings Forderungen der Unternehmer als ihre eigenen aus und macht die Arbeitslosen zur Manövriermasse.

Das dürfte die nicht Antwort einer so großen und einflußreichen Gewerkschaft sein auf den rigorosen Arbeitsplatzabbau, auf den sozialen Streichungsmechanismus in dieser Republik. Wie kann man diejenigen zu Bündnispartnern machen, die seit Jahr und Tag auf Kosten der kleinen Leute ihre Gesellschaft sanieren? Sollen die Mächtigen Partner der so oft Ohnmächtigen werden?

Die Großkonzerne sind es, die über die Länder und Regionen bestimmen, wie es ein DASA-Vertrauensmann auf dem IGM-Kongreß sagte.

Seit Jahren sitzen Regierung, Unternehmensverbände und Gewerkschaften regelmäßig an einem Tisch unter dem Logo "Solidarpakt". Das Ergebnis - in Arbeitsplätzen ausgedrückt - ist gleich

Null. Die Unternehmer werden keine festen Zusagen geben. Und die Politik? Klaus Zwickel hat seinen Übereinkunftsvorschlag selbst in Frage gestellt, als er Kanzler Kohl mit dessen Versprechen von 1994 zitierte, in der laufenden Legislaturperiode drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht ein Deut davon wurde eingehalten.

Versprochen wurden Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen. Tausende junger Leute stehen in diesem Jahr noch immer draußen.

Die Gewerkschaften werden von Regierung und Unternehmen erpreßt. Das Schlimme ist, daß sie sich mehr und mehr erpressen lassen. Klaus Zwickel aber wurde sogar von Konzernbossen gelobt.

Da fällt einem schon mal der Spruch des SPD-Gründers August Bebel ein: "Wenn mich meine Feinde loben, bin ich sicher, ich habe etwas falsch gemacht."

MARX IST TOT?



„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20%, es wird lebhaft; 50%, positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

(aus: Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. 1, S. 788)

Marx ist tot?

„Für Profit begehen sie jedes Verbrechen?“. Stimmen die Worte aus dem Marxschen Kapital?

Nehmen wir Tatsachen: Die „Soziale Marktwirtschaft“ sieht so aus: Für die Deutsche Bank sind mehrstellige Millionenbeträge „Peanuts“ (Erdnüsse), ob sie sie gewinnen oder verlieren. Das Schicksal von Millionen Menschen und ihre Arbeitsplätze, die schon mal geschaffen oder wieder vernichtet werden, die Unternehmen im Lande, die aufgemacht oder zugemacht werden - die Herren der Deutschen Bank kullern damit wie mit „Peanuts“.

Weil Hightech-begabte Erpresser in die Computer der Commerzbank eingedrungen sind, ist einmal herausgekommen, wieviele Steuerhinterziehungskunden diese Großbank pflegt - so in ihrer Luxemburger Filiale. Bei der dritten Bank im Bunde, der Dresdner, ist die Berufsgruppe der Kundenberater ins Gerede gekommen, die in Wirk-

lichkeit ihre Groß- und Reichkunden beraten, wie sie den Staat steuermäßig am wirkungsvollsten betrügen können.

Bei Daimler-Benz geht es um 500.000.000 DM, die bei der Einvernahme des Rüstungsbetriebes Dornier an Steuern nicht gezahlt worden sind - ob legal mit den üblichen Konzern- und Steuertricks oder illegal auch noch mit Hilfe von Finanzbehörden, ist fast schon scheinbeßgal.

Das ist der Alltag der „Sozialen“ Marktwirtschaft.

Erwähnenswert ist das, weil diese Banken die tragenden Säulen dieses Staates sind, den sie sich halten, um ihre Profite zu machen. Und weil in diesem Staate zur gleichen Zeit Konzernsprecher und Regierungssprecher und Parteiensprecher ständig und allein darauf aus sind, Sozialhilfen, Arbeitslosenhilfen, Krankenhilfen, Altershilfen, Armenhilfen, Studienhilfen, schlechthin Lebenshilfen für Menschen zusammenzustreichen - eben zum Wohle ihres Staates.

Andere Beispiele: Bei den Pirelli-Werken in Breuberg ist die Sieben-Tage-Woche eingeführt worden. Die Maschinen laufen rings um die Uhr. Die IG Chemie hat zugestimmt. „Glücklich sind wir nicht“ räumt Rosemarie Köhler stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, ein. „Aber wir haben viel herausgeholt.“ Herausgeholt wird vor allem aus den Arbeitern: Statt 130.000 Reifen werden bei Pirelli jetzt pro Woche 150.000 Reifen produziert. Zwei Tage Frühschicht, zwei Tage Spätschicht, drei Tage Nachtschicht, drei Tage frei, und dann umgekehrt, das geht auf die Knochen. Samstags gehört Papi mir? Halt die Klappe! Sonst verlagert Herr Pirelli seinen Laden von Breuberg nach Singapur. Die Industriellen verlagern die Produktion ins Ausland, weil sie aus asiatischen Arbeitnehmern mehr Profit herausholen können als aus deutschen. Die Reeder haben längst ihre Schiffe „ausgeflaggt“. Sie entlassen die deutschen Seeleute in Arbeitslosigkeit und Elend. Es sind die selben Typen, die ehemals Sozialdemokraten und Kommunisten als „Vaterlandslose Gesellen“ beschimpft haben.

Und die deutschen Richter ziehen immer nach: Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, daß Arbeitnehmer keinen Anspruch auf einen freien „Heiligabend“ haben, auch wenn der Arbeitgeber ihnen jahrelang diesen Tag freigegeben hätte.

Im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung wurde der Tarifvertrag bei Volkswagen in Wolfsburg mit der Überschrift begrüßt „VW bereinigt die Sünden der Vergangenheit“. Sünden - das waren Gehälter, Löhne und Urlaub. Jetzt habe „zum ersten Mal die Gewerkschaft soziale Errungenschaften der Vergangenheit wieder zurückgegeben“. Früher seien die „Vorstände in Tarifverhandlungen regelmäßig über den Tisch gezogen worden“, trotz ihrer Chancen: „Den Trumpf, nämlich die Arbeitsplätze, hatte das Unternehmen in der Hand.“ 1995, mit diesem Trumpf der Elendsdrohung, haben die Arbeitgeber ihre „Sünden der Vergangenheit“ gutgemacht und vor allem von den Arbeitnehmern 1,2 unbezahlte Mehrstunden erpreßt und dadurch die Produktivität um fünf Prozent gesteigert. Beispiele.
Marx ist tot?

UZ

**Zeitung
der DKP**

**Probexemplare
bei der**

„blickpunkt“-Redaktion

**Liberté!
Egalité!
Radioactivité!**



Von Reisen und anderen Geschenken

Der Berliner Bürgermeister fliegt nach China und nimmt 15 Journalisten mit. Die Kosten trägt der Steuerzahler.

Ein Touristik-Konzern stellt seinen neuen Katalog vor. In einem mondänen Hotel auf der anderen Seite des Globus.

Die FAG-Presskonferenz fand mal auf Mauritius statt.

Da gibt es ständig von den Pharmakonzernen bezahlte Ärztekongresse in den schönsten Gegenden der Welt.

Auch das Militär praktiziert diese Spielchen. So konnten im Herbst 1989 ausgelesene Bürgermeister das Raketen-schießen auf Kreta bewundern. (Mit dabei: unser Bürgermeister.)

Auch diverse Gruppen, die sich um Fluglärm kümmern sollen, werden regelmäßig von den großen Triebwerks-herstellern in die USA eingeladen. Im Mai 1992 sahen z.B. Bürgermeister und andere Offizielle in den USA-Werkshallen imponierendes Gerät. Brehl war auch dabei!

Jetzt halt mal Venedig. Einlader: die Maingas. Die Kosten werden umgelegt, wie immer.

Man steckt ein, was gegeben wird. Dennoch, da bleibt halt der fade Geschmack zurück. Diese „Geschenke“ werden ja nicht umsonst gemacht und die Wohltaten wirken ja auch irgendwie erniedrigend.

Die wenigsten scheinen es zu merken.

Neues Bahnkonzept

Seit der Privatisierung der Bahn geht es Schlag auf Schlag. Schon wird gemeldet, daß 'schwarze Zahlen', sprich Gewinne erwirtschaftet werden. Das geht natürlich nur, wenn streng betriebswirtschaftlich gehandelt wird. Zigtausend Bedienstete wurden und werden auf Kosten der Allgemeinheit 'freigesetzt'. Dienstleistungen werden reduziert oder gestrichen. Jüngstes Beispiel ist die Schließung der Bahnschalter, sie stehen in naher Zukunft an. Auch in unserer Stadt wird dann also außer an den Automaten keine Fahrkarte zu kaufen sein. Auskünfte, Beratung etc. wird in Ffm. angeboten oder bei einem Reisebüro.

R.D.

Reisen bildet!

Brehl war in den USA um sich leise Triebwerke anzuschauen. Da wurde es ruhig in Mörfelden-Walldorf.

Brehl war per Einladung auf Kreta zur Besprechung über Umweltverbesserungen im Flughafen-umland (oder sowas ähnliches).

Brehl war in Venedig auf Einladung der Maingas, weil dort erdgasgetriebene Autos fahren.

Wetten - Brehl macht aus unserer Stadt noch einen Kurort!

Da fragt man sich doch, warum fährt/fliegt Brehl nicht nach Kanada und Australien, weil dort ebenfalls Gas-Omnibusse fahren. Ist das etwa nur Bescheidenheit?

Die Rocky-Montains (das liegt auf dem Weg) könnte Brehl besichtigen, weil doch in Mörfelden auch ein Berg/Müllberg ist. Und in Australien könnte Brehl ähnlich den Känguruhs große Sprünge mit leerem Beutel üben. Toll, was?

Ein Besichtigungstermin der Wildwasser in den Karpaten stände vielleicht noch an, weil Brehl im Schwarzbach-Verband ist.

Eine Reise nach Tschernobyl könnte auch auf dem Programm stehen, wenn Brehl von der HEAG/RWE eingeladen würde. Schließlich liefern die uns Strom. Man merkt, die Sache mit den Arbeits-/Besichtigungs-Vergnügungsreisen ließe sich noch steigern.

Altes und Neues

Ende Oktober beschloß Bonn die Entsendung von 4000 Bundeswehrsoldaten nach Bosnien.

Die SPD-Fraktion signalisierte Zustimmung.

Beim Bezirksparteitag der südhessischen SPD am 28. 10. 1995 in Wixhausen stimmten zwei Drittel für die Militäreinsätze. Allerdings: „sie müssen unter restriktivem Waffengebrauch und defensivem Auftreten stehen.“

Da fallen einem schon alte Zitate ein:

„Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären“

Aus: Motiviertes Votum der Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Sachen der 120-Millionen Kriegsanleihe, 21. Juli 1870

Aber auch:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“
Erklärung des SPD-Abgeordneten Haase im Namen der SPD am 4. August 1914.

Jetzt ist ja doch alles anders, wird man uns sagen. Wirklich?

„Der Kurs von Joschka Fischer, der deutsche Militäreinsätze im Ausland befürwortet, wird sich bei den Grünen nicht durchsetzen.“

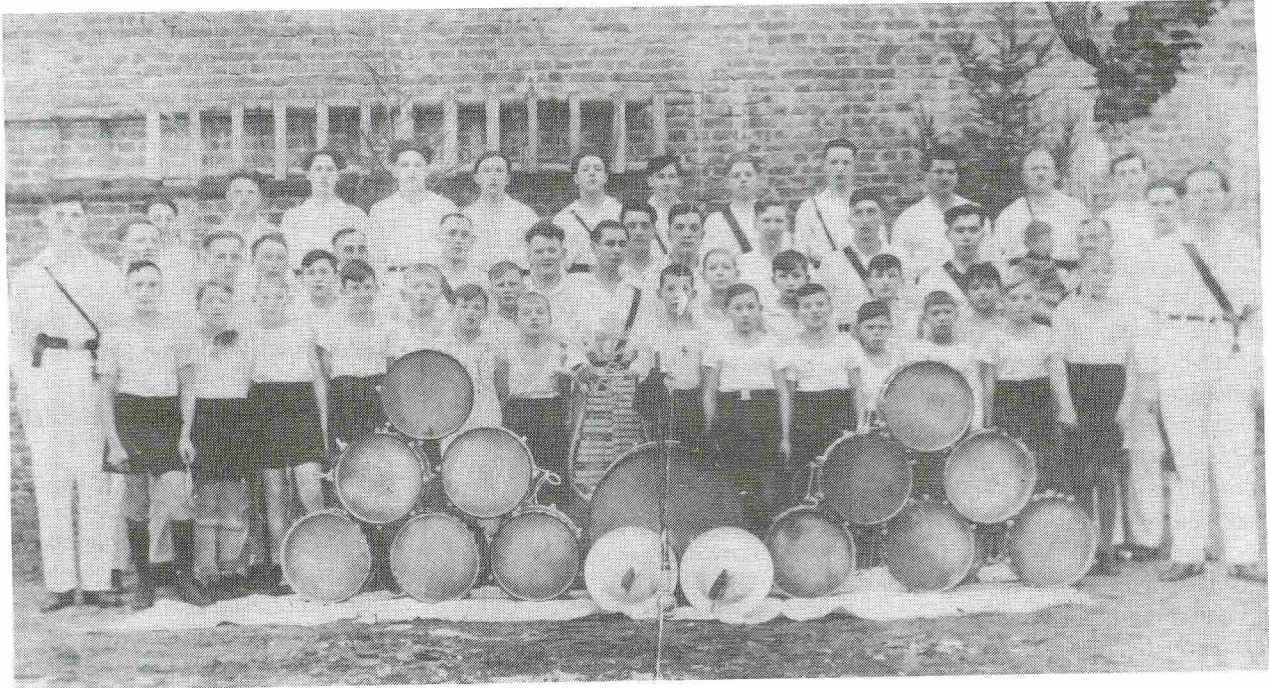
Kerstin Müller,
Fraktionssprecherin der
Grünen

Bitte ausschneiden, aufbewahren, in drei Jahren wiederlesen. Und lachen.

**An's Telefon kleben!
Die Telefon-Nummer der Fluglärm-Beschwerde-Stelle:**

069/69022001

Stadtgeschichten



Der Spielmannszug der Freien Turn- und Sängervereinigung (Freien Turner Mörfelden), aufgenommen am 6. Dezember 1930, vor der Rückfront des Volkshauses (heutiges Bürgerhaus).

Die „Freien Turner“ waren von 1933 bis 1945 von den Nazis verboten und gelten, mit noch weiteren früheren Vereinen, als Vorläufer der heutigen Sport- und Kulturvereinigung Mörfelden, SKV. Dieses Foto und viele andere, sowie schöne Exponate aus der Sport- und Kulturgeschichte Mörfeldens, sind in der Ausstellung der SKV zum 50jährigen Jubiläum, ab 16. November im Saal (Untergeschoß) des Vereinsheimes Sattler zu besichtigen.

Die Namen der insgesamt 47 Spielleute sind: in der Mitte mit Lyra, Ludwig Reviol. Hintere Reihe (12 Personen) von links: Georg Reviol, Philipp Schaffner, Friedrich Schaffner, Ludwig Geiß, Fritz Steitz, Adam Knodt, Ludwig Gölzenleuchter, Ludwig Geiß, Heinrich Glotzbach, Karl Schmidt, Fritz Fritz, Peter Herpel. Mittlere Reihe (15 Personen) von links: Ludwig Weg, Ludwig Schaffner, Philipp Müller, Konrad Schaffner, Johann Schulmeyer, Jakob Schulmeyer, Georg Fritz, Philipp Krichbaum, Heinrich Glotzbach (Amme-Heiner) Philipp Schulmeyer, Christian Weg, Peter Herpel, Erich Heinecke und Heinrich Dammel. Kinderreihe (20 Personen) von links: Emil Kuhl, Konrad Kunz, Philipp Siegel, Christian Weger, Willi Arndt, Heinrich Schaffner, Heinrich Schulmeyer, Hans Schwappacher, Karl Kuchler, Erich Auer, Fritz Jungmann, Karl Kunz, Heinrich Schulmeyer, Rudi Daum, Georg Weg, Fritz Schulmeyer, Karl Schönhaber, Fritz Herrmann, Fritz Georg und Wilhelm Schmitt.

LINKE RUNDE

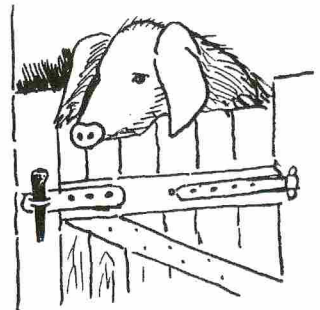
DISKUSSIONSFORUM DER DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

Kalter Krieg 10 000 Prozesse in Westdeutschland

Mit Jupp Angenfort und Sepp Mayer,
beide damals viele Jahre inhaftiert

29. November 1995, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Unser Lexikon



Seistallderstebbelsche
hölzerner Türriegel am
Schweine Stall